

## **Antrag**

**der Abgeordneten Britta Haßelmann, Grietje Bettin, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Priska Hinz (Herborn), Krista Sager, Elisabeth Scharfenberg und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Das neue Bild vom Alter – Vielfalt und Potenziale anerkennen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Im Jahr 2050 wird ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland 60 Jahre und älter sein. Der Anteil der Menschen über 65 Jahre wird dann mit 30 Prozent doppelt so groß sein wie der Anteil der Menschen unter 20 Jahren (15 Prozent). Die Alterskohorte der sog. Baby-boomer ist nicht nur zahlenmäßig besonders groß, zum ersten Mal in der Geschichte werden mehr Menschen 80 Jahre und älter sein. Während die durchschnittliche Lebenserwartung eines 1960 geborenen Jungen noch bei 66,8 Jahren lag, ist sie in der Zwischenzeit bei einem 2003 geborenen Jungen schon auf 76,2 Jahre gestiegen. Für Mädchen hat sich die Lebenserwartung im selben Zeitraum von 72,2 auf 81,8 Jahre erhöht. Noch um 1900 war das Erreichen des 50. Lebensjahres für beide Geschlechter eher die Ausnahme. Kein anderes Jahrhundert als das letzte konnte einen derartigen Zuwachs an Lebensjahren verzeichnen. Erfreulicher Weise erreichen viele Menschen der heutigen älteren Generation dieses hohe Lebensalter im Vergleich zu vorherigen Generationen bei oftmals guter Gesundheit und vergleichsweise guter finanzieller Absicherung. Diese Entwicklungen stehen im Widerspruch zu der Tatsache, dass die Potenziale älterer Menschen viel zu wenig genutzt und gefördert werden. Die unzureichende Partizipation von Älteren am gesellschaftlichen Leben und an der Erwerbsarbeit ist eine eklatante volkswirtschaftliche Verschwendung und diskriminiert Menschen im Alter. Auch mit Blick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit können wir es uns nicht leisten, auf die Fähigkeiten und Erfahrungen Älterer zu verzichten. Deshalb ist es höchste Zeit, über die Potenziale älterer Menschen zu reden.

Neben diesem Zuwachs an Lebenserwartung, der auf eine Vielzahl medizinisch-technischer Neuerungen, aber auch auf veränderte sozio-ökonomische Rahmenbedingungen zurückzuführen ist, trägt eine seit Jahrzehnten rückläufige Geburtenentwicklung dazu bei, dass das Verhältnis der älteren Menschen zu den jüngeren Menschen sich derart verändert. Bisher kannten wir nur das Bild der vielen Jungen und wenigen Alten. Auf einen derartigen Bevölkerungsaufbau fußen auch die sozialen Sicherungssysteme. Das wirklich Neue an der demografischen Entwicklung, wie sie sich derzeit gestaltet, ist also ein verändertes Verhältnis von jung und alt in unserer Gesellschaft. Dieser Trend ist absehbar und kurzfristig nicht umkehrbar. Er wird aufgrund der Tatsache, dass es einen derartigen Bevölkerungsaufbau bisher noch nicht gegeben hat, das Miteinander von jung und alt deutlich beeinflussen. Weniger junge Menschen

müssen mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens finden. Hier spielt der Aspekt der Generationengerechtigkeit eine entscheidende Rolle, wenn es gilt, Aufgaben und Belastungen möglichst gerecht zwischen den Generationen und Einkommensgruppen zu verteilen.

Neben der reinen Alterszahl sind in den letzten Jahren auch der Bildungs- sowie Gesundheitszustand der Generation 60+ gestiegen. Während unser Altersbild häufig noch von Vorurteilen und Stereotypen geprägt ist, können einer/einem heute 60-Jährigen nicht mehr dieselben Eigenschaften und Fähigkeiten einer/eines 60-Jährigen vor 50 Jahren zugeschrieben werden. Die gerontologische Forschung widerlegt seit Jahren Vorurteile, die den Beginn von Fähigkeitsverlusten oder Gebrechlichkeit an ein bestimmtes Lebensalter koppeln. Stattdessen zeigt sich, dass Fähigkeiten und Leistungsvermögen vielmehr von Faktoren wie vorausgegangenem Lebensstil, Bildungsstand und Einkommenssituation geprägt sind.

Die rot-grüne Bundesregierung hat daher bereits in der vergangenen Wahlperiode als Thema des in jeder Legislaturperiode erscheinenden Altenberichts „Potenziale und Chancen im Alter“ gewählt. Mit diesem Auftrag sollte ausdrücklich von einem Defizitansatz in der Altenpolitik weggerückt und der Blick hin zu einem Kompetenzansatz gerichtet werden. Dabei ist uns bewusst, dass es auch diejenigen nicht zu vernachlässigen gilt, die nicht gesund und fit in den dritten Lebensabschnitt starten. Einsamkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit sind die andere Seite des Alters, weswegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits ein umfassendes Eckpunktepapier für die dringend notwendige Reform der Pflegeversicherung vorgelegt haben.

Anstatt allerdings zu fragen, was im Alter nicht mehr möglich ist, sollte in diesem Bereich herausgearbeitet werden, wo Möglichkeiten und Stärken älterer Menschen liegen. Ebenso sollten die Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für Menschen im Alter aufgezeigt werden.

Der 5. Altenbericht hat sich in sieben ausgewählten Themenfeldern diesen Fragen angenommen. Das Ergebnis berücksichtigt sehr wohl, dass die Gruppe der Älteren in sich äußerst heterogen ist. Bei aller Differenziertheit zeigt sich aber ein klares Votum für ein deutlich anderes Verständnis von Alter als es bisher verankert war. Weder Innovationskraft noch Leistungsbereitschaft oder das Interesse an Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben lassen schlagartig nach, nur weil ein bestimmtes Lebensalter erreicht wird. Gleichzeitig sind ältere Menschen – Frauen wie Männer – wichtige Bindeglieder und Stützen in familiären, aber auch sozialen Netzwerken. Dies gilt insbesondere auch für ältere Menschen mit Migrationshintergrund, deren Lebenssituation im Alter noch kaum Rechnung getragen wurde. Ihr Anteil unter den Älteren ist noch gering, wird aber in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements hat der Anteil der Älteren in den letzten Jahren überdurchschnittlich zugenommen. Dagegen stellt sich die Situation Älterer am Arbeitsmarkt entgegen aller Kenntnisse und Einsichten nach wie vor völlig unzufriedenstellend dar. Insgesamt muss es darum gehen, die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten, weiterzuentwickeln bzw. wieder herzustellen. Um die körperliche und geistige Gesundheit älterer Menschen zu erhalten, müssen gesundheitliche Prävention und Weiterbildung einen viel höheren Stellenwert in der Politik haben, als dies bislang der Fall ist. Ziel ist es, dass ältere Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Dazu gehört auch, ein besonderes Augenmerk auf die Anerkennung der unterschiedlichen Lebensentwürfe und Biografien von Frauen und Männern zu legen und Entscheidungen daran zu messen, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Alter führen.

Es ist höchste Zeit, die Vielfalt des Alters anzuerkennen. Dieser gesamten Entwicklung ist bisher noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Erkenntnissen aus dem 5. Altenbericht dahingehend Rechnung zu tragen, konsequent von einem veränderten Bild des Alterns auch in politischen Entscheidungen auszugehen und dabei die stärkere Partizipation von Älteren am gesellschaftlichen und kulturellen Leben als Ziel politischer Maßnahmen in den Vordergrund zu stellen;
- Strategien einer aktiven Antidiskriminierungspolitik zu entwickeln und unter Einbezug aller gesellschaftlichen Akteure durchzusetzen;
- eine kohärente Strategie am Arbeitsmarkt zu verfolgen, die Vorbehalte in der Einstellungspraxis gegenüber Älteren abbaut und die Beschäftigungsfähigkeit und -möglichkeit Älterer erhöht;
- die Bedeutung der Weiterbildung als wesentliches Instrument zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln und zu fördern. Sowohl die Arbeitsbedingungen als auch Weiterbildungsangebote müssen alters- und situationsgerecht ausgerichtet sein;
- Angebote zu entwickeln, die die starre Dreiteilung der Lebensläufe in „Lern-, Arbeits- und Ruhephasen“ aufbrechen;
- verstärkt Rücksicht darauf zu nehmen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben und alt werden. Hier bestehen Erkenntnis- und Umsetzungsdefizite für eine kultursensible Altenpolitik;
- das Potenzial älterer Menschen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements anzuerkennen, zu fördern und weiter auszubauen;
- Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt politischen Handelns zu machen. Dazu gehört, im Bereich Gesundheit und Pflege den Ansatz Prävention vor Rehabilitation vor und während Pflege wirksam zu verankern;
- die Forschung über Alter und Gerontologie zu verstärken;
- die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um dem Thema alternde Gesellschaften gebührende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und den Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet zwischen den Mitgliedstaaten zu vertiefen.

Berlin, den 31. Januar 2007

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Die demografische Entwicklung ist eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Sie anzuerkennen und so zu gestalten, dass die darin liegenden Chancen genutzt werden können, gelingt nur, wenn Demografie als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern mitgedacht wird. Dafür ist es unerlässlich, dem Wandel nicht mit überkommenen Vorstellungen zu begegnen. Die Erkenntnisse des 5. Altenberichts sind ein erfreulicher Beleg, der für die Gestaltung des demografischen Wandels einen großen Beitrag leisten kann. Dies gelingt nur, wenn diese Fakten auch anerkannt und Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt werden.

Die Lebenserwartung ist in allen Industriestaaten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen. Damit ist Deutschland keine Ausnahme in Bezug auf die Alterung der Gesellschaft. Es zeigt sich aber, dass gerade in Deutschland viele Menschen in Umfragen eine sehr pessimistische Vorstellung vom Alter haben. Länder, die hingegen auch in ihrer Erwerbsbeteiligung Älterer deutlich über dem geringen Durchschnitt in Deutschland liegen, erklären ein verändertes Bild vom Alter insbesondere mit einem Imagewechsel.

Neben notwendigen strukturellen Reformen sei es gerade das andere Bild vom Alter gewesen, das zu einer deutlich besseren Integration Älterer in die Gesellschaft und das Erwerbsleben beigetragen hat und so gleichzeitig die rege Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Als positiven Nebeneffekt verzeichnen Länder mit einer höheren Erwerbsquote Älterer auch gleichzeitig einen Anstieg in der Erwerbsquote von jüngeren Menschen. Dazu müssen in Deutschland alle Anreize zur Fortsetzung der Vorruhestandspraxis konsequent abgebaut werden.

Mit dem Altenbericht liegt ein Dokument vor, das auf diesen Umstand aufmerksam macht. Es ist für das zukünftige Zusammenleben in einer sich verändernden Gesellschaft dringend notwendig, dass dieser Mentalitätswechsel auch bei uns stattfindet. Dafür ist ein anderes Bild vom Alter eine grundlegende Voraussetzung, um den demografischen Wandel gestalten zu können.